Gesetz über die Geschäftsführung und den Finanzhaushalt des Kantons und deren Kontrolle

vom 24. Juni 1980

Der Grosse Rat des Kantons Wallis

erwägend, dass es notwendig ist, die Grundsätze der Geschäftsführung und des Finanzhaushalts des Kantons in einem Gesetz festzuhalten;
eingesehen die Artikel 25, 44, 53, 54 und 58 der Kantonsverfassung;
auf Antrag des Staatsrates,

verordnet:

1. Kapitel: Geschäftsführung, Finanzhaushalt und Leistungssteuerung

1. Abschnitt: Geltungsbereich und Grundsätze der Geschäftsführung, des Finanzhaushalts sowie der Leistungssteuerung

Art. 1⁴ Geltungsbereich

¹Das vorliegende Gesetz gilt für die Geschäftsführung, den Finanzhaushalt und die Leistungssteuerung des Kantons.

²Es ist ebenfalls anwendbar auf die rechtlich oder rechnungsmässig selbständigen Betriebe, Körperschaften, Anstalten und Fonds des Kantons; besondere gesetzliche Vorschriften bleiben vorbehalten.

Art. 2 Grundsätze der Geschäftsführung

¹Die Verwaltung muss nach den Erfordernissen der Gesetzmässigkeit, der Verhältnismässigkeit, der Leistungsfähigkeit und der Zweckmässigkeit handeln.

²Jedes Verwaltungshandeln muss auf einer gesetzlichen Grundlage beruhen.

³Der Grundsatz der Verhältnismässigkeit verlangt, dass jeder Verwaltungsakt notwendig und dem angestrebten Zweck angepasst ist.

⁴Der Grundsatz der Leistungsfähigkeit und der Zweckmässigkeit verlangt eine entsprechende Wahl und Organisation der Verwaltungsmittel, die eine bestmögliche Geschäftsführung gewährleisten.

Art. 3⁴ Grundsätze der Finanzhaushaltes

¹Die Führung des Finanzhaushaltes richtet sich nach den Grundsätzen der Gesetzmässigkeit, des Haushaltsgleichgewichts, der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit, der Dringlichkeit und der Verursacherfinanzierung.

611.1

- 2 -

²Jede Ausgabe bedarf einer gesetzlichen Grundlage. Eine Ausgabe hat insbesondere eine gesetzliche Grundlage, wenn sie:

- a) die unmittelbare Anwendung zwingender Bundesvorschriften ist;
- b) die mittelbare und unmittelbare Anwendung von kantonalen Gesetzen oder Dekreten darstellt;
- c) die finanzielle Auswirkung eines gerichtlichen Entscheides ist.

³Die Laufende Rechnung und die Investitionsrechnung sind, gemäss den Bestimmungen des Gesetzes über die Ausgaben- und Schuldenbremse, jedes Jahr auszugleichen.

⁴Ausgabenbedürfnisse sind auf ihre Notwendigkeit und Tragbarkeit zu prüfen. Bei der Vorbereitung von Erlassen hat die Behörde die finanziellen Auswirkungen zu beurteilen. In den Botschaften des Staatsrates an den Grossen Rat sind die entsprechenden Ausgaben zu begründen.

⁵Bei der Ausführung eines Projektes, einer Aufgabe oder einer Leistung ist jene Variante zu wählen, die bei gegebener Zielsetzung die wirtschaftlich wirkungsvollste Lösung gewährleistet.

⁶Die Ausgaben sind in der Reihenfolge ihrer Dringlichkeit vorzunehmen.

⁷Die Nutzniesser besonderer Leistungen haben in der Regel die zumutbaren Kosten zu tragen. Art und Ausmass der Kostenbeteiligung sind gesetzlich festzulegen.

Art. 3bis ⁴ Grundsätze der Leistungssteuerung

¹Alle von der Verwaltung erbrachten Leistungen müssen auf einer gesetzlichen Grundlage beruhen.

²Gemäss dem Grundsatz der Transparenz sind alle Leistungen der Verwaltung klar zu identifizieren und zu definieren. Zu diesem Zweck sind insbesondere die zu erwarteten Wirkungen und Resultate der Leistungen sowie der zu ihrer Realisierung notwendige Einsatz von Personal- und Finanzressourcen aufzuzeigen.

³Der Grundsatz der Qualität verlangt, dass die Leistungen den rechtmässigen Bedürfnissen und Erwartungen der Leistungsbezüger entsprechen, dass die Leistungsumsetzung geplant, kontrolliert und beurteilt wird und dass bei Abweichungen Verbesserungsmaßnahmen ergriffen werden.

⁴Der Grundsatz der Wirksamkeit besagt, dass die Leistungen einem tatsächlichen Bedarf entsprechen und dass mit dem Leistungseinsatz die erwarteten Wirkungen und Resultate erreicht werden.

Art. 4 Zusammenarbeit

¹Dem Staatsrat obliegt die finanzpolitische, finanzwirtschaftliche und finanztechnische Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden, den Kantonen und dem Bund.

²Er fördert die Angleichung der Vorschriften über die öffentlichen Finanzhaushalte namentlich betreffend das Rechnungswesen und die Finanzplanung.

2. Abschnitt: Grundsätze und Aufbau des Rechnungswesens

Art. 5⁴ Grundsätze

¹Die Rechnungsführung vermittelt eine klare, vollständige und wahrheitsgetreue Übersicht über die Haushaltsführung, das Vermögen und die Schulden. Zu diesem Zweck werden die integrierte Mehrjahresplanung, der Voranschlag, die Bestandesrechnung, die Verwaltungsrechnung, die Kontrolle der Verpflichtungskredite und die Finanzstatistik geführt.

²Die Rechnungsführung richtet sich nach den Grundsätzen der Jährlichkeit, der Vorherigkeit, der Öffentlichkeit, der Wahrheit, der Genauigkeit, der Klarheit, der Vollständigkeit, der Brutto- und der Sollverbuchung sowie der qualitativen, quantitativen und zeitlichen Spezialität.

Art. 6 Bestandesrechnung

Die Bestandesrechnung enthält die Vermögenswerte und die Verpflichtungen sowie das Eigenkapital oder den Bilanzfehlbetrag.

Art. 7 Aktiven

¹Die Aktiven setzen sich zusammen aus dem Finanz- und dem Verwaltungsvermögen sowie den Vorschüssen an Spezialfonds.

²Auf der Seite der Aktiven figuriert auch der allfällige Bilanzfehlbetrag; dieser besteht aus der Summe der Verpflichtungen, die das Vermögen übersteigen.

³Das Finanzvermögen besteht aus jenen Vermögenswerten, die ohne Beeinträchtigung der öffentlichen Aufgabenerfüllung veräussert werden können.

⁴Das Verwaltungsvermögen umfasst jene Vermögenswerte, die unmittelbar der öffentlichen Aufgabenerfüllung dienen. Es sind dies insbesondere die Investitionen und die Investitionsbeiträge.

Art. 8 Passiven

¹Die Passiven setzen sich zusammen aus den Schulden, den Rückstellungen und den transitorischen Passiven sowie den Verpflichtungen für Spezialfonds.

²Auf der Seite der Passiven figuriert auch das Eigenkapital; dieses besteht aus jenem Vermögen, das die Summe der Verpflichtungen übersteigt.

Art. 9 Spezialfonds

Spezialfonds sind gesetzlich zweckgebundene Mittel zur Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe, sowie Schenkungen, Stiftungen u. a., die dem Staat zur Erfüllung öffentlicher oder gemeinnütziger Aufgaben übertragen wurden.

Art. 10 Eventualverpflichtungen

Bürgschaften und sonstige Garantien sowie Pfandbestellungen zugunsten Dritter werden in einem Zusatz zur Bilanz aufgeführt.

611.1

- 4 -

Art. 11 Bewertungsgrundsätze

¹Die Aktiven werden zu ihrem Beschaffungs- oder Herstellungswert, unter Berücksichtigung der den Umständen angemessenen Wertberichtigungen, bilanziert.

²Bei Übertragungen vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen wird diesem neben dem Beschaffungs- oder Herstellungswert eine angemessene Verzinsung belastet. Der Übertragungswert darf jedoch den Verkehrswert nicht übersteigen.

³Vermögenswerte, die für die öffentliche Aufgabenerfüllung nicht mehr benötigt werden, sind zum Restbuchwert vom Verwaltungsvermögen zu übertragen.

⁴Die Veräußerung von Vermögenswerten an Dritte erfolgt, soweit damit keine öffentlichen Interessen verbunden sind, zum Verkehrswert.

Art. 12 Verwaltungsrechnung

¹Die Verwaltungsrechnung enthält die der öffentlichen Aufgabenerfüllung dienenden Ausgaben und Einnahmen. Die Verwaltungsrechnung setzt sich zusammen aus der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung.

²Als Ausgabe gilt die Verwendung von Finanzvermögen zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben.

³Einnahmen sind jene Finanzvorfälle, die das Reinvermögen vermehren bzw. die Fehldeckung vermindern sowie die Verwertung von Verwaltungsvermögen und die Leistungen Dritter an die Schaffung von Verwaltungsvermögen.

Art. 13 Laufende Rechnung

Die Laufende Rechnung enthält den Aufwand und den Ertrag eines Rechnungsjahres. Ihre Vorgänge beeinflussen das Eigenkapital oder den Bilanzfehlbetrag.

Art. 14 Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen - Zusätzliche Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen

¹Das Verwaltungsvermögen wird nach dem Grundsatz einer finanz- und volkswirtschaftlich angemessenen Selbstfinanzierung der Investitionsausgaben abgeschrieben.

²Auf Darlehen und Beteiligungen sind nach kaufmännischen Grundsätzen Abschreibungen vorzunehmen.

³Für die Abschreibungen der Anstalten und Betriebe gelten die entsprechenden Sonderbestimmungen.

⁴Soweit es die Finanz- und Konjunkturlage erlaubt sind zusätzliche Abschreibungen vorzunehmen. Die freigesetzten Mittel sind nach Möglichkeit für die Schuldenrückzahlung zu verwenden.

Art. 15 Investitionsrechnung

Die Investitionsrechnung enthält jene Finanzvorfälle, die bedeutende eigene oder subventionierte Vermögenswerte mit mehrjähriger Nutzungsdauer schaffen.

3. Abschnitt: Grundsätze und Struktur der Führung über Leistungsaufträge

Art. 15bis⁴ Grundsätze

¹Die politischen, strategischen und operativen Leistungsaufträge jeder Organisationseinheit werden im Rahmen der integrierten Mehrjahresplanung und im Voranschlag festgelegt.

²Die Controllingberichte werden zusammen mit der Verwaltungsrechnung erstellt und zeigen auf, wie die Leistungsaufträge auf den drei Ebenen umgesetzt wurden.

³Die integrierte Mehrjahresplanung sowie die politischen, strategischen und operativen Leistungsaufträge und die entsprechenden Controllingberichte sind die grundlegenden Instrumente der Staats- und Verwaltungsführung.

Art. 15ter⁴ Leistungsaufträge

¹Die politischen Leistungsaufträge:

- a) werden zwischen Grossrat und Staatsrat festgelegt und sind Bestandteil der integrierten Mehrjahresplanung und des Voranschlages;
- b) setzen sich aus den politischen Zielen, die von jeder Organisationseinheit zu erreichen sind, zusammen;
- c) bestimmen, welche Wirkungen und Resultate der Staat und seine Verwaltung mittels der übertragenen Leistungen zu erzielen haben.

²Die strategischen Leistungsaufträge:

- a) werden zwischen dem Staatsrat und den Departementen in Ableitung der politischen Leistungsaufträge festgelegt;
- b) setzen sich aus den Produktgruppen zusammen;
- c) präzisieren die Hauptachsen und Schwerpunkte der Umsetzung der politischen Ziele, die mit dem Grossrat vereinbart wurden.

³Die operativen Leistungsaufträge:

- a) werden zwischen den Departementen, den Dienststellen und Institutionen in Ableitung der strategischen Leistungsaufträge festgelegt;
- b) setzen sich aus den Produkten zusammen, die sich operativ aus den strategischen Vorgaben des Staatsrates auf der Ebene der Produktgruppen ableiten;
- c) präzisieren die von den Dienststellen und Institutionen zu erbringenden Resultate.

Art. 15quater⁴ Struktur der Leistungsaufträge

Für jedes politische Ziel, jede Produktgruppe und jedes Produkt werden auf den drei Auftragsebenen folgende Elemente stufenspezifisch festgelegt:

- a) die zu erreichenden Ziele;
- b) die prioritären Leistungen (Prioritäten);
- c) die Kriterien (Indikatoren) zur Bestimmung der Leistungsqualität und des Leistungseinsatzes sowie zur Beurteilung der Zielerreichung;
- d) die Finanz- und Personalressourcen, die zur Realisierung der festgelegten Ziele, Prioritäten und Indikatoren notwendig sind.

611.1

- 6 -

Art. 15*quinquies*⁴ Controlling

¹Das Controlling fasst alle Tätigkeiten, die sich mit der Definition, der Umsetzungskontrolle und der Verbesserung der Leistungsaufträge auf den drei Führungsebenen befassen, zusammen.

²Es befasst sich mit den Leistungen, den Prozessen und Finanz- und Personalressourcen.

³Die Controllingorgane sind auf der Ebene des Staatsrates, der Departemente und der Dienststellen angesiedelt.

⁴Die Tätigkeiten, die Verantwortung und die Organisation des Controllings werden in einer Verordnung genauer geregelt.

4. Abschnitt: Ausgaben- und Kreditarten

Art. 16⁶ Gebundene Ausgaben

Eine Ausgabe gilt als gebunden:

- a) wenn der Grundsatz und der Betrag der Ausgabe durch eine gesetzliche Bestimmung oder ein Urteil vorgeschrieben sind;
- b) wenn sie für die Erfüllung einer gesetzlich vorgeschriebenen Verwaltungsaufgabe absolut unentbehrlich ist;
- c) wenn sie sich zwingend aus dem Vollzug eines Vertrages ergibt, der durch das zuständige Organ genehmigt wurde;
- d) wenn sie zur Finanzierung der Arbeiten zur Werterhaltung bestehender Gebäude und zur Modernisierung der Ausstattung notwendig ist;
- e) wenn sie zur Deckung der Mietkosten für bestehende Verwaltungseinheiten, die sich bereits in gemieteten Lokalitäten befinden, notwendig ist;
- f) wenn sie für den Ersatz von bestehenden, technisch veralteten oder defekten Ausstattungen und Installationen notwendig ist.

Art. 16bis⁶ Neue Ausgaben

Eine Ausgabe gilt als neue Ausgabe:

- a) wenn dem für die Gewährung der Ausgabenbewilligung zuständigen Organ in Bezug auf den Ausgabenbetrag, den Zeitpunkt der Zahlung oder andere wesentliche Vollzugsmodalitäten eine verhältnismässig grosse Handlungsfreiheit zusteht;
- b) wenn ein Gesetz die Ausgabe als neue Ausgabe bezeichnet.

Art. 17⁶ Verpflichtungskredit

¹Der Verpflichtungskredit ist eine Ermächtigung, bis zu einer bestimmten Summe für einen bestimmten Zweck finanzielle Verpflichtungen einzugehen. Er ist insbesondere für Ausgaben anzufordern, deren Abwicklung sich über mehrere Jahre erstreckt; dies gilt insbesondere für Investitionen, Betriebs- und Investitionsbeiträge sowie Eventualverpflichtungen.

²Verpflichtungskredite werden als Rahmen- oder Objektkredite bewilligt.

³Die jährlichen Fälligkeiten der Verpflichtungskredite sind im Voranschlag aufzunehmen.

⁴Ein Verpflichtungskredit verfällt, sobald der Zweck erreicht oder das Vorhaben durch die zuständige Behörde aufgegeben wird. Sieht das finanzkompetente Organ bei der Festlegung eines Verpflichtungskredites keine andere Bestimmung vor, verfällt der Verpflichtungskredit, falls die Arbeiten nicht aufgenommen wurden, spätestens nach acht Jahren.

Art. 17bis⁶ Objektkredit

Der Objektkredit ist ein Verpflichtungskredit für ein Einzelvorhaben.

Art. 18 Rahmenkredit

¹Der Rahmenkredit ist ein Verpflichtungskredit für ein Programm.

²Der Grosse Rat oder der Staatsrat entscheidet über die Aufteilung in einzelne Objektkredite. Diese dürfen nur beschlossen werden, wenn die Projekte ausführungsfähig und die Folgekosten ermittelt sind.

Art. 19³ Zusatzkredit

¹Zeigt sich vor oder während der Ausführung eines Projektes, dass der bewilligte Verpflichtungskredit nicht ausreicht, ist bei der zuständigen Behörde ein Zusatzkredit vor dem Eingehen neuer Verpflichtungen einzuholen.

²Enthält der Verpflichtungskredit eine Preisstandklausel, werden die teuerungsbedingten Mehrkosten mit dem Voranschlag bewilligt. Bei einem Preisrückgang vermindert sich der Kredit entsprechend.

³Über die Teuerung hinaus ist der Staatsrat zuständig für den Beschluss von Zusatzkrediten im Zusammenhang mit den vom Grosse Rat beschlossenen Verpflichtungskrediten bis zu zehn Prozent des ursprünglichen Kredites und im Rahmen von Artikel 29 Absatz 2. Wurde der ursprüngliche Kredit vom Staatsrat beschlossen, so ist dieser auch für die Zusatzkredite zuständig, wenn der Gesamtkredit den Grenzbetrag gemäss Artikel 29 Absatz 2 nicht übersteigt.

⁴Die Finanzkommission muss regelmässig über vom Staatsrat beschlossene Zusatzkredite, die den Betrag von 500'000 Franken übersteigen, informiert werden.

Art. 20 Voranschlagskredit - Kredite ohne Rechtsgrundlagen

¹Mit dem Voranschlagskredit ermächtigt der Grosse Rat den Staatsrat, die Verwaltungsrechnung für den bezeichneten Zweck bis zum festgelegten Betrag zu belasten.

²Ausgaben, für welche bei der Aufstellung oder Beschlussfassung des Voranschlages die Rechtsgrundlage noch fehlt, bleiben gesperrt, bis die Rechtsgrundlage in Kraft ist.

Art. 21³ Nachtragskredit

¹Reicht ein Voranschlagskredit nicht aus, um die vorgesehene Aufgabe zu erfüllen, muss ein Nachtragskredit verlangt werden. Die Gewährung eines Nachtragskredites liegt in der Kompetenz des Staatsrates bis zu 500'000

611.1

- 8 -

Franken für Investitionsausgaben und 200'000 Franken für Aufwand der Laufenden Rechnung. Der Grosse Rat kann diese Beträge durch Beschluss ändern. Artikel 22 bleibt vorbehalten.

²Erträgt die Vornahme einer Ausgabe, für die im Voranschlag kein oder kein ausreichender Kredit bewilligt worden ist, keinen Aufschub ohne nachteilige Folgen für das Gemeinwesen, kann der Staatsrat die vorzeitige Beanspruchung des Kredites beschliessen. Bei den Nachtragskreditbegehren sind die bereits verausgabten Beträge unter Angabe des Dringlichkeitsgrundes zu bezeichnen.

³Die Finanzkommission ist regelmässig über die gewährten Nachtragskredite zu informieren.

Art. 22 ^{4,5,6} Kreditüberschreitung, Kredittransfer, Kreditübertragung und Spezialfinanzierungskonto

¹Überschreitungen von Voranschlagskrediten sind zulässig für die dringlichen oder gesetzlich zwingenden Ausgaben sowie für jene Ausgaben, denen im gleichen Rechnungsjahr entsprechende sachbezogene Einnahmen gegenüberstehen. Sie werden dem Grosse Rat unterbreitet sobald der Staatsrat davon Kenntnis hat, spätestens aber mit der Staatsrechnung.

²Kredittransfers sind unter Vorbehalt der folgenden Ausnahmen nicht zulässig. Im Rahmen des Voranschlages für eigene Investitionen des Staates oder für Subventionen an Investitionen Dritter ist der Staatsrat zuständig, um den Kredittransfer innerhalb des gleichen Departements von einem Projekt auf das andere zu bewilligen, wenn ein ernsthafter Beweggrund, insbesondere rechtlicher oder natürlicher Art, die Realisierung eines im Voranschlag vorgesehenen Projektes im betreffenden Rechnungsjahr verunmöglicht. Der Kredittransfer wird bewilligt, wenn er erlaubt, die Arbeiten eines Projektes oder die Zahlung einer Subvention an Investitionen Dritter, die durch die zuständige Behörde bewilligt wurden, vorzuziehen.

³Wurden die im Investitionsbudget vorgesehenen Geldmittel zur Beschaffung oder zur Realisierung der in den Leistungsaufträgen festgelegten Vorhaben auf Ende des Rechnungsjahres nicht voll ausgeschöpft, können sie im Sinne einer Vorfinanzierung einem Spezialfinanzierungskonto zugewiesen werden. Die Entnahme aus dem Spezialfinanzierungskonto erfolgt mit der tatsächlichen Beschaffung oder Verwirklichung der Leistung oder durch deren Verzicht im Leistungsauftrag. Die Spezialfinanzierungskonti sind in jedem Fall auf eine Ausgleichsperiode von drei Jahren pro Projekt beschränkt.

⁴Wurden die im Voranschlag der Laufenden Rechnung oder im Voranschlag der Investitionsrechnung vorgesehenen Mittel zur Realisierung der in den Programmvereinbarungen mit dem Bund festgelegten Vorhaben bis Ende des Rechnungsjahres nicht voll ausgeschöpft, können sie im Sinne einer Vorfinanzierung des Aufwands einem Spezialfinanzierungskonto zugewiesen werden. Die Entnahme aus dem Spezialfinanzierungskonto erfolgt mit der Verwirklichung der Leistung oder dem Verzicht auf dieselbe. Die Spezialfinanzierungskonti sind in jedem Fall auf die Dauer der Umsetzung der Programmvereinbarung beschränkt.

⁵Die Kredittransfers sowie die Einlagen in und Entnahmen aus Spezialfinanzierungen werden in der Botschaft des Staatsrates zur Rechnung speziell erwähnt.

Art. 22bis³ Ausgleich

¹Überschreitungen von Voranschlagskrediten in der Laufenden Rechnung oder in der Investitionsrechnung, ausgenommen jene, die durch entsprechende Einnahmen gedeckt sind, sowie die vom Staatsrat aufgrund von Artikel 21 Absatz 1 beschlossenen Nachtragskredite, sind grundsätzlich durch entsprechende Beträge auszugleichen, die in anderen Voranschlagskrediten übrig bleiben.

²Es darf kein Ausgleich von Überschreitungen von Voranschlagskrediten zwischen der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung vorgenommen werden.

³Ein Ausgleich darf nur innerhalb des gleichen Departements vorgenommen werden.

Art. 22ter⁸ Kompensationsfonds der Ertragsschwankungen

¹Ein Spezialfonds im Sinne von Artikel 9 des vorliegenden Gesetzes wird für die Kompensation der Ertragsschwankungen gebildet, mit dem Zweck, zum Ausgleich der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung beizutragen.

²Der Fonds kann über Steuererträge oder nicht zweckgebundene Bundeserträge gespeist werden, insbesondere wenn sie höher als budgetiert sind, sowie über aperiodische Erträge, insbesondere jene aus dem Verkauf von Staatsvermögen und aus Erbfolgen. Die Speisung des Fonds kann entweder bei der Budgeterarbeitung oder beim Rechnungsabschluss erfolgen, insofern dies nicht zu einem Finanzierungsfehlbetrag oder zu einem Aufwandüberschuss führt.

³Die Entnahmen aus dem Fonds werden beim Rechnungsabschluss bis zur maximalen Höhe des Fehlbetrages von Steuererträgen und nicht zweckgebundenen Bundeserträgen im Vergleich zum Budget bewilligt. Die Entnahmen werden auch bei der Erarbeitung des Budgets bewilligt, wenn diese Erträge in einem markanten Rückgang im Vergleich zum letzten Budget und zur letzten Rechnung sind.

⁴Das Fondsvermögen als zweckgebundenes Eigenkapital trägt keine Zinsen. Der Fonds darf nicht negativ sein. Sein Guthaben ist auf höchstens 10 Prozent der Steuererträge und der nicht zweckgebundenen Bundeserträge begrenzt.

5. Abschnitt: Integrierte Mehrjahresplanung, Voranschlag, Rechnung, Verwaltungsbericht

Art. 23⁴ Integrierte Mehrjahresplanung, Zuständigkeit

¹Der Staatsrat erstellt jedes Jahr für die Dauer von mindestens vier Jahren eine integrierte Mehrjahresplanung und unterbreitet diese dem Grossen Rat zur Kenntnisnahme. Bei dieser Gelegenheit kann der Grosse Rat dem Staatrat sachliche und zeitliche Abänderungsanträge unterbreiten.

611.1

- 10 -

²Das erste Jahr der integrierten Mehrjahresplanung deckt sich mit dem Voranschlag.

Art. 24⁴ Inhalt und Gliederung

¹Die integrierte Mehrjahresplanung muss ein Inventar der nach Prioritäten eingestuften Investitionen und Investitionsbeteiligungen enthalten sowie die vom Staat und der Verwaltung zu erzielenden Wirkungen und Resultate aufzeigen. Die Gliederung der integrierten Mehrjahresplanung ist identisch mit jener der politischen Leistungsaufträge, die in Artikel 15^{quater} dargestellt wird.

²Er gibt einen Überblick über:

- a) die vom Staat zu erlangenden politischen Ziele, die Prioritäten sowie die Qualitäts- und Leistungskriterien;
- b) den Aufwand und Ertrag der Laufenden Rechnung, die zur Umsetzung der gesteckten Ziele, Prioritäten und Kriterien notwendig sind;
- c) die Schätzung der Personalressourcen, des Finanzbedarfs und der Finanzierungsmöglichkeiten;
- d) die Entwicklung des Vermögens und der Verschuldung.

Art. 25 Voranschlag, Zuständigkeit

¹Der Grosse Rat beschliesst jährlich den Voranschlag.

²Der Staatsrat legt dem Grossen Rat den Entwurf samt Botschaft auf die Novembersession vor.

Art. 26⁴ Inhalt und Gliederung

¹Der Entwurf des Voranschlages ist gemäss der Gliederung der Verwaltung und nach dem Kontenrahmen auf der Grundlage der integrierten Mehrjahresplanung zu erstellen. Er ist für jede Verwaltungseinheit in der Form des politischen Leistungsauftrages gemäss Artikel 15^{quater} darzustellen. Die politischen Leistungsaufträge können mit statistischen Angaben und zusätzlichen Informationen betreffend die Produktgruppen und Produkte ergänzt werden.

²Gemäss den in Artikel 15^{ter} definierten Grundsätzen und Modalitäten leiten der Staatsrat aus den politischen Leistungsaufträgen der Verwaltungseinheiten die strategischen Leistungsaufträge und die Departemente die operativen Leistungsaufträge ab.

³Erfordert es die Wirtschaftslage, ist ein Entwurf eines Ergänzungsbudgets auszuarbeiten. Der Staatsrat kann dessen Genehmigung mit Vorbehalten vorschlagen.

⁴Bei einer Nichtgenehmigung des Voranschlages durch den Grossen Rat ist der Staatsrat ermächtigt, die für die Verwaltungstätigkeit unerlässlichen Ausgaben zu tätigen.

Art. 27³ Staatsrechnung und Geschäftsbericht, Zuständigkeit

¹Der Staatsrat legt dem Grossen Rat die Staatsrechnung samt Botschaft und Geschäftsbericht auf die Junisession des folgenden Jahres vor.

²Der Grosse Rat prüft die Staatsrechnung und den Geschäftsbericht und berät über deren Genehmigung.

Art. 28⁴ Inhalt und Gliederung

¹Die Staatsrechnung hat den gleichen Aufbau wie der Voranschlag und ist nach den gleichen Grundsätzen zu führen.

²Die Verwaltungsrechnung ist zu vervollständigen durch:

- a) die Bilanz mit dem Vermögens- und Schuldenausweis;
- b) den Ausweis der Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen und deren Begründung;
- c) eine Übersicht der beanspruchten und noch verfügbaren Verpflichtungskredite;
- d) eine Übersicht der Bürgschaften und Garantien des Staates;
- e) eine Übersicht der Einnahmen und Ausgaben der Laufenden Rechnung und der Eigenfinanzierungsmarge;
- f) die funktionelle Gliederung der Ausgaben;
- g) die Controllingberichte, die den Stand der Umsetzung der politischen Leistungsaufträge aufzeigen, indem die strategischen und operativen Controllingberichte konsolidiert werden.

6. Abschnitt: Organe und ihre Zuständigkeit

Art. 29^{1,3,6} Grosser Rat

¹Soweit neue Ausgaben gemäss Artikel 16*bis* dieses Gesetzes nicht der Volksabstimmung unterliegen, werden sie, unter Vorbehalt der Spezialgesetzgebung, vom Grossen Rat beschlossen und mit dem Voranschlag genehmigt.

²Die aufgrund von Gesetzesbestimmungen an den Staatsrat delegierte Ausgabenkompetenz für einen Verpflichtungskredit für eine neue Ausgabe wird einheitlich auf einen Betrag von vier Millionen Franken festgelegt. Der Grosse Rat kann diesen Betrag durch Beschluss ändern.

Art. 30⁶ Staatsrat

Unter Vorbehalt spezieller gesetzlicher Bestimmungen werden die gebundenen Ausgaben durch den Staatsrat beschlossen und mit dem Voranschlag genehmigt.

Art. 30*bis*⁶ Programmvereinbarungen mit dem Bund

¹Die Kompetenz zum Abschluss von Programmvereinbarungen mit dem Bund liegt beim Staatsrat, unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Grossen Rat für jene Verträge, deren Bruttoausgaben zu Lasten des Kantons zehn Millionen Franken übersteigen.

²Die vom Grossen Rat genehmigten Programmvereinbarungen können ohne dessen erneute Zustimmung nicht geändert werden, ausser wenn die mit den Änderungen verbundenen finanziellen Auswirkungen weder 10 Prozent der ursprünglichen finanziellen Auswirkungen noch den Grenzbetrag gemäss Artikel 29 Absatz 2 übersteigen.

611.1

- 12 -

³Die dem Grossen Rat nicht unterbreiteten Programmvereinbarungen können vom Staatsrat geändert werden, unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Grossen Rat, wenn der Gesamtbetrag des Bruttoaufwands des Kantons zehn Millionen Franken übersteigt.

⁴Der Staatsrat kann seine Kompetenz weder an das Departement noch an die Dienststellen delegieren.

⁵Die Programmvereinbarungen müssen die integrierte Mehrjahresplanung einhalten.

Art. 31 ^{3,4} Entscheide

Der Staatsrat:

- a) erarbeitet den Entwurf des Voranschlages, der Zusatzkredite, der Nachtragkredite, der Staatsrechnung und den Geschäftsbericht zuhanden des Grossen Rates;
- b) bestimmt auf der Grundlage des jährlichen Budgets der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung für jede Dienststelle die Globalbudgets, geordnet nach politischen Zielen und Produktgruppen;
- c) legt die integrierte Mehrjahresplanung fest und passt diese laufend an;
- d) geht die im Voranschlag vorgesehenen Ausgabenverbindlichkeiten ein, soweit hierfür nicht die einzelnen Departemente zuständig sind;
- e) entscheidet über die vorzeitige Beanspruchung eines Kredites gemäss Artikel 21 Absatz 2 und Artikel 22;
- f) entscheidet über die Zusatz- und Nachtragskredite und die Kreditüberschreitungen innerhalb der Grenzen gemäss den Artikeln 19, 21 und 22;
- g) entscheidet über Immobilientransaktionen bis zur delegierten Ausgabenkompetenz für Objektkredite ohne Bewilligung des Grossen Rates;
- h) entscheidet über die notwendigen Anleihen zur Deckung des vom Grossen Rat genehmigten Finanzierungsfehlbetrags sowie zur Refinanzierung der fällig gewordenen Anleihen.

Art. 31bis ^{3,6} Massgebliche Zuständigkeitskriterien

¹Die finanziellen Zuständigkeiten werden aufgrund der Gesamtausgabe für den gleichen Gegenstand bestimmt.

²Jede Ausgabe wird global berechnet. Es ist nicht zulässig, die Kosten für den gleichen Gegenstand zur Erreichung einer Zuständigkeit aufzuteilen.

³Zur Bestimmung der Finanzkompetenzen ist die Bruttoausgabe des Kantons massgebend. Die vom Kanton erhaltenen Subventionen sowie die an Zahlung gegebenen Werte und Gegenstände können von der Bruttoausgabe nicht in Abzug gebracht werden.

Art. 32 ³ Delegation

¹Der Staatsrat kann die ihm übertragenen Kompetenzen an seine Departemente, Dienststellen und Institutionen delegieren.

²Er umschreibt in einer Verordnung die delegierten Kompetenzen und setzt die Beträge fest, für welche die einzelnen Departemente, Dienststellen und

Institutionen im Rahmen des Voranschlags selbständig Verpflichtungen eingehen und Zahlungsanweisungen geben dürfen.

Art. 33⁴ Departemente

¹Die Departemente sind verantwortlich für:

- a) die sparsame und wirtschaftliche Verwendung ihrer Kredite und der ihnen anvertrauten Vermögenswerte;
- b) die Geltendmachung ihrer finanziellen Ansprüche gegenüber Dritten;
- c) die vorschriftsgemässe Führung der Kontrolle betreffend die Verpflichtungs- und Voranschlagskredite sowie der Bücher und Inventare;
- d) die Bereitstellung der Unterlagen und Abrechnungen für die Haushaltsführung;
- e) die Vorbereitung der politischen, strategischen und operativen Leistungsaufträge und der entsprechenden Controllingberichte.

²Die Departemente legen die Budgets je Produkt fest.

Art. 34^{3,4} Zuständiges Departement

¹Das mit den Finanzen beauftragte Departement leitet die Kantonale Finanzverwaltung.

²Es obliegen ihm namentlich folgende Pflichten:

- a) die Organisation des gesamten Rechnungswesens und der Belegaufbewahrung;
- b) die Antragstellung für den integrierten Mehrjahresplan, den Voranschlag, die Nachtragskredite und die Staatsrechnung;
- c) die Führung der Buchhaltung und der Kasse, soweit nicht andere Stellen damit beauftragt sind;
- d) die Beschaffung kurzfristiger Mittel;
- e) die Antragsstellung für die Aufnahme langfristiger Mittel;
- f) die sichere und zinsgünstige Anlage sowie die Verwaltung des Finanzvermögens;
- g) die Erstellung der Finanzstatistik sowie die Definition von Leistungskriterien (Indikatoren), welche es erlauben, die Entwicklung der Kantonsfinanzen zu bemessen und zu evaluieren, sowohl auf Ebene der Bestandesrechnung wie auch der Verwaltungsrechnung;
- h) die fachliche Beratung der übrigen Departemente in Finanzfragen.

³Es prüft zuhanden des Staatsrates alle Vorlagen mit finanziellen Auswirkungen auf ihre Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und finanzielle Tragbarkeit.

⁴Es untersucht ebenfalls zu Händen des Staatsrates periodisch die Notwendigkeit und Zweckmässigkeit der Ausgaben der Laufenden Rechnung sowie der Investitionsrechnung.

⁵Es vertritt den Kanton bei der Eintreibung bestrittener oder zur Abwehr vermögensrechtlicher Ansprüche vor Gericht; anderslautende gesetzliche Bestimmungen bleiben vorbehalten.

611.1

- 14 -

Art. 34bis^{3,7} Inkasso- und Eintreibungsverfahren

¹Im Falle des Bestreitens einer öffentlichrechtlichen Forderung des Staates erlässt das Departement, in dessen Tätigkeitsbereich die Angelegenheit fällt, unter Vorbehalt der Spezialgesetzgebung, einen beim Staatsrat anfechtbaren Entscheid.

²Für die Eintreibung von kantonalen öffentlichrechtlichen Forderungen können die mit Inkasso- und Eintreibungsaufgaben beauftragten Organe die Steuerdaten einsehen und verwenden, soweit diese zur Erfüllung der vorerwähnten Aufgaben notwendig sind. Die Steuerdaten, welche den mit Inkasso und der Eintreibung beauftragten Organen zur Kenntnis gebracht werden, unterliegen dem Amtsgeheimnis gemäss Artikel 21 des Gesetzes über das Personal des Staates Wallis.

³Im Weiteren erlässt der Staatsrat auf dem Verordnungswege Regeln über das Inkasso- und Eintreibungsverfahren von Forderungen (Rechnungsstellung, Mahnung, Zahlungsaufforderung, Betreibung, Verrechnung, Zahlungerleichterungen, Schuldenerlass, Verzugszins, Gebühren, Weiterverfolgung der Verlustscheine usw.). Diese Regeln sollen in gerechter Weise einerseits der Situation und dem Verhalten der Schuldner, und andererseits dem öffentlichen Interesse an einer rationellen Bewirtschaftung der Forderungen des Staates Rechnung tragen.

2. Kapitel: Oberaufsicht auf Aufsicht über die Geschäftsführung und die Kontrolle des Finanzhaushalts

1. Abschnitt: Geltungsbereich, Zweck und Arten der Oberaufsicht und der Aufsicht der Geschäftsführung und der Kontrolle des Finanzhaushalts

Art. 35 Geltungsbereich

¹Unter Vorbehalt anderslautender gesetzlicher Bestimmungen erstrecken sich die Oberaufsicht und Aufsicht der Geschäftsführung sowie die Finanzkontrolle auf die gesamte Geschäftsführung und den Finanzhaushalt des Kantons. Die Bestimmungen dieses Gesetzes und der entsprechenden Ausführungsreglemente sind anwendbar:

- a) auf die rechtlich oder rechnungsmässig selbständigen Betriebe, Körperschaften, Anstalten und Fonds des Kantons sowie seine privatrechtlichen Zweckvermögen und die von ihm verwalteten Vermögen von Stiftungen und Anstalten mit eigener Rechtspersönlichkeit;
- b) auf Körperschaften, Anstalten und Organisationen, die nicht zur kantonalen Verwaltung gehören, denen aber der Staat eine öffentliche Aufgabe übertragen hat oder an denen er finanziell beteiligt ist (Subventionen, Darlehen, Vorschüsse). Vorbehalten bleiben die Bestimmungen betreffend die Gemeindeautonomie.

²Bei Fehlen entsprechender gesetzlicher Bestimmungen ordnet der Staatsrat die Kontrolle über die finanziellen Leistungen des Staates.

Art. 36 Zweck, Inhalt und Arten der Oberaufsicht und Aufsicht

¹Die Oberaufsicht und Aufsicht über die Geschäftsführung besteht in der Überprüfung der richtigen Anwendung der Grundsätze der Geschäftsführung; der Gesetzmässigkeit, der Verhältnismässigkeit, der Leistungsfähigkeit und der Zweckmässigkeit.

²Sie umfassen insbesondere:

- a) die Beurteilung der Verwaltungsorganisation und des Verwaltungsablaufs der Dienststellen insbesondere was den Personal- und Materialeinsatz sowie die Verwaltungsräumlichkeiten anbelangt; das Gleiche gilt für die vom Staat abhängigen oder subventionierten Institutionen;
- b) die Überprüfung, wie das Staatsvermögen verwaltet wurde.

Art. 37 Zweck, Inhalt und Arten der Finanzkontrolle

¹Die vorausgehende, mitschreitende und nachträgliche Finanzkontrolle hat zum Zweck, die richtige Anwendung der im Artikel 3 vorgesehenen Grundsätze betreffend die Finanzhaushaltsführung zu prüfen.

²Sie umfasst insbesondere:

- a) die Prüfung einzugehender Ausgabenverpflichtungen;
- b) die Prüfung der finanziellen Auswirkungen von Entwürfen für Erlasse, Beschlüsse und Verträge;
- c) die Prüfung des Voranschlags, der Staatsrechnung, der Verpflichtungskredite und der Buchhaltung;
- d) die Prüfung betreffend die Verwendung der vom Grossen Rat beschlossenen Voranschlagskredite.

2. Abschnitt: Kompetenz und Verfahren betreffend die Oberaufsicht und Aufsicht über die Geschäftsführung und die Finanzkontrolle

Art. 38 Staatsrat

¹Der Staatsrat überwacht im Rahmen seiner verfassungsmässigen Befugnisse die Geschäftsführung, für die er verantwortlich ist und führt den Finanzhaushalt.

²Er übt diese Aufgaben durch die zuständigen Departemente aus.

Art. 39² Grosser Rat

¹Dem Grossen Rat obliegt die Oberaufsicht über die Geschäftsführung und die Kontrolle des Finanzhaushalts.

²Aufgehoben.

Art. 40⁴

Aufgehoben

Art. 41 bis 43²

Aufgehoben.

611.1

- 16 -

3. Abschnitt: Die Kontrolle durch das Finanzinspektorat

Art. 44^{3,4} Finanzinspektorat

¹Das Finanzinspektorat ist das oberste kantonale Verwaltungsorgan der Finanzaufsicht und der Kontrolle über die Verwirklichung der Leistungsaufträge. Es dient dem Staatsrat und den Departementen sowie dem Grossen Rat, der Finanzkommission und der Geschäftsprüfungskommission bei der Erfüllung ihrer Kontrollpflichten.

²Das Finanzinspektorat ist fachlich selbständig und unabhängig. Administrativ ist es dem Präsidium des Staatsrates unterstellt. Sein Vorsteher und die Revisoren werden nach Rücksprache mit der Finanzkommission vom Staatsrat ernannt. Das Finanzinspektorat hat alle Kontrollbefugnisse und kann jederzeit und ohne Voranzeige von sich aus oder im Auftrag des Staatsrates oder der Finanzkommission und der Geschäftsprüfungskommission Kontrollen durchführen.

Art. 45⁴ Kontrollaufgaben

Das Finanzinspektorat hat namentlich folgende Aufgaben:

- a) die treuhänderische Überprüfung des gesamten kantonalen Finanzhaushaltes auf allen Stufen des Vollzugs des Voranschlags, einschliesslich der Erstellung der Staatsrechnung;
- b) die technische Organisation und die Überprüfung der von den Dienst- und Amtsstellen über ihre Kredite zu führenden Kontrollen und der Verpflichtungskredite;
- c) die Überprüfung der von der zuständigen Instanz festgelegten, zweckbestimmten Verwendung der Kredite;
- d) die Überprüfung von Buchhaltung und Beständen;
- e) die Kontrolle über die Verwirklichung der Leistungsaufträge.

Art. 46 Mitarbeit an Vorschriften, Begutachtung und Beratung

¹Dem Finanzinspektorat obliegt die Mitarbeit an Vorschriften über den Kontroll- und Revisionsdienst, das Buchhaltungswesen, den Zahlungsverkehr und die Führung von Inventaren.

²Es begutachtet alle die Finanzkontrolle betreffenden Fragen.

Art. 47 Bereiche der Kontrolle

¹Der Kontrolle des Finanzinspektorates unterliegen:

- a) die Departemente mit allen Dienststellen sowie die Staatskanzlei;
- b) die diesem Gesetz unterstellten Amtsstellen, Betriebe, Körperschaften, Anstalten und Vermögen, sowie die finanziellen Leistungen des Staates an Dritte im Sinne des Artikels 35.

²Der Finanzhaushalt der Gerichte ist ebenfalls der Kontrolle des Finanzinspektorates unterstellt.

Art. 48 Zusammenarbeit mit besonderen Organen

¹Die internen Kontrollorgane sind in ihrem Bereich verantwortlich.

²Sie bringen ihre Berichte dem Finanzinspektorat vor der Abgabe an die Aufsichtsbehörde zur Kenntnis und melden ihm alles, was ihm bei der Erfüllung seiner Aufgabe dienen kann.

³Das Finanzinspektorat leitet die Kontrolltätigkeit der internen Kontrollorgane.

Art. 49 Dokumentation und Auskunft

¹Die Staatskanzlei stellt dem Finanzinspektorat die Volksentscheide, die Beschlüsse des Grossen Rates und des Staatsrates zu, welche den Finanzhaushalt betreffen. Die Departemente und Gerichte bringen dem Finanzinspektorat die aufgrund der genannten Beschlüsse erlassenen Weisungen und Verfügungen zur Kenntnis.

²Die der Kontrolle des Finanzinspektorates Unterstellten händigen ihm auf Verlangen alle Unterlagen aus und erteilen ihm alle Auskünfte.

³Sie leiten dem Finanzinspektorat jede Amtshilfe, die für die Erfüllung seiner Aufgabe erforderlich ist.

⁴Erfordert ein Kontrollauftrag besondere Fachkenntnisse, kann das Finanzinspektorat Sachverständige beiziehen.

Art. 50³ Bericht

¹Das Finanzinspektorat hält das Ergebnis aller seiner Kontrollen in schriftlichen Berichten fest und leitet diese direkt an den Staatsrat sowie an die Präsidenten der Finanzkommission und der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates weiter.

²Hat es eine Beanstandung anzubringen, gibt es der geprüften Stelle davon Kenntnis. Es hat damit einen Antrag zu verbinden.

³Wird eine Beanstandung oder ein Antrag nicht binnen der vom Finanzinspektorat anzusetzenden Frist erledigt, unterbreitet es den Fall der vorgesetzten Stelle mit dem Antrag zur Erteilung einer Weisung.

⁴Der Staatsrat entscheidet endgültig und ordnet die gebotenen Massnahmen an.

⁵Bis zum endgültigen Entscheid dürfen weder Verpflichtungen eingegangen noch Zahlungen geleistet werden, welche von der Beanstandung oder dem Antrag betroffen sind.

⁶Stellt das Finanzinspektorat eine möglicherweise strafbare Handlung fest, die von Amtes wegen verfolgt wird, erstattet es sofort dem zuständigen Richter, dem Staatsrat und den Präsidenten der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission Meldung.

Art. 51³ Dienstverhältnis

¹Das Finanzinspektorat verkehrt direkt mit der Finanzkommission und der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates, dem Staatsrat, den Departementen, der Staatskanzlei, den Dienststellen und den anderen seiner Aufsicht unterstellten Instanzen.

²Es erstattet dem Grossen Rat und dem Staatsrat jährlich Bericht über seine Tätigkeit.

611.1

- 18 -

3. Kapitel: Schlussbestimmungen

Art. 52³ Ausführungsbestimmungen

Der Staatsrat erlässt die Ausführungsbestimmungen dieses Gesetzes in Verordnungen und Reglementen. Das Reglement über das Finanzinspektorat bedarf der Genehmigung des Grossen Rates.

Art. 53¹ Abänderung bestehender Bestimmungen

Wo das Finanzinspektorat aufgrund geltender Vorschriften mit Aufgaben betraut ist, die nicht in den Bereich der Finanzkontrolle fallen, hat es diese aufzugeben und es ist vom Staatsrat eine andere Amtsstelle dafür zu bezeichnen.

Dies gilt insbesondere für:

- Artikel 197 und Artikel 219, Absatz 5 des Steuergesetzes vom 10. März 1976;
- Artikel 1 und 2 des Reglements vom 8. September 1976 betreffend den interkommunalen Finanzausgleich.

² Aufgrund von Artikel 29, Absatz 2 dieses Gesetzes werden insbesondere die nachstehenden Gesetze wie folgt abgeändert:

- a) gegenstandslos geworden durch das Gesundheitsgesetz vom 9. Februar 1996;
- b) Artikel 118 bis (neu) des Gesetzes vom 4. Juli 1962 über das Erziehungswesen: vgl. Gesetz über das Erziehungswesen;
- c) Aufgehoben durch die Änderung des Strassengesetzes;
- d) gegenstandslos geworden durch das Landwirtschaftsgesetz vom 28. September 1993;
- e) Artikel 17, Absätze 1 und 2 des Gesetzes über die Wasserläufe vom 6. Juli 1932: vgl. das Gesetz über die Wasserläufe;
- f) Artikel 8, Absatz 1 des Gesetzes vom 3. Februar 1975 über die Förderung der Unternehmen des öffentlichen Verkehrs: vgl. das betreffende Gesetz;
- g) gegenstandslos geworden durch das Gesetz über die Eingliederung und die Sozialhilfe vom 20. März 1996.

Art. 54 Bestehende Reglemente

Solange die neuen Reglemente nicht angenommen sind, bleiben die alten anwendbar, soweit sie mit den Bestimmungen dieses Gesetzes nicht im Widerspruch stehen.

Art. 55 Inkraftsetzung und Übergangsbestimmungen

Der Staatsrat setzt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes fest; er erlässt die Übergangsbestimmungen und erstellt in einem Zwischenabschluss die Eingangsbilanz nach den Vorschriften dieses Gesetzes.

So angenommen in zweiter Lesung im Grossen Rate zu Sitten den 24. Juni 1980.

Der Präsident des Grossen Rates: **H. Dirren**
Die Schriftführer: **B. Bumann, A. Burrin**

Titel und Änderungen	Veröffentlichung	Inkrafttreten
Gesetz über die Geschäftsführung und den Finanzhaushalt des Kantons und deren Kontrolle vom 24. Juni 1980	GS/VS 1980, 11	01.05.1981
¹ Änderung durch die Teilrevision vom 1. Oktober 1991 des Strassengesetzes vom 3. September 1965: n.W.: Art. 29.	GS/VS 1992, 43	01.01.1993
² Änderung durch das Gesetz über die Organisation der Räte und die Beziehungen zwischen den Gewalten vom 28. März 1996: a: Art. 39, Abs. 2, 41-43.	GS/VS 1997, 8	01.03.1997
³ Änderung vom 13. Mai 2004: n.: Art. 22bis, 31bis, 34bis; n.W.: Art. 19, 21, 27, 29, 31, 32, 34, 44, 50-52	GS/VS 2004, 123	01.12.2004
⁴ Änderungen vom 15. Dezember 2004: a.: Art. 40; n.: Art. 15bis - 15quinquies; n.W.: Art. 1, 3, 3bis, 5, 22 - 24, 26, 28, 31, 33, 34, 44, 45	GS/VS 2005, 45	01.05.2005
⁵ Änderung vom 10. Mai 2007: n.W.: Art. 22	Abl. Nr. 24/2007	01.12.2007
⁶ Änderung vom 16. Juni 2010: n.: Art. 16bis, 17bis, 30bis; n.W.: Art. 16, 17, 22, 29, 30, 31bis	Abl. Nr. 28/2010	01.01.2010
⁷ Änderung gemäss Art. 71 Ziff. 4 des Gesetzes über das Personal des Staates Wallis vom 19.11.2010	Abl. Nr. 48/2010; Abl. Nr. 26/2011	01.07.2011
⁸ Änderung vom 16. Dezember 2014 (Dekret über die Anwendung der Bestimmungen über die Ausgaben- und Schuldenbremse im Rahmen des Budgets 2015, Ziff. 3)	Abl. Nr. 4/2015; Abl. Nr. 18/2015; Abl. Nr. 50/2015	01.01.2015